Zeitschrift: Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile
Herausgeber: Schweizerischer Zivilschutzverband
Band: 39 (1992)
Heft: 6

Rubrik: Kantone = Cantons = Cantoni

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 23.10.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

AARGAU

GV des Aargauischen Zivilschutzverbandes

Übung «Tiger» offenbarte Lücken

PE. Die Katastrophenübung «Tiger» in Zofingen vom 17. Oktober 1991 habe zwei Lücken offenbart: Zum einen Mängel in der Information, zum anderen Mängel in der Koordination Zivilschutz/Sanitätsdienst. Diese Erkenntnisse vermittelte der Zofinger Stadtammann und Aargauer Ständerat Willy Loretan anlässlich der 20. Generalversammlung des Aargauischen Zivilschutzverbandes in Zofingen.

Im ersten Teil wurde die neu erstellte Tonbildschau «Katastrophenvorsorge in der Gemeinde» vorgestellt. Im Vordergrund der vom Gesundheitsdepartement des Kantons Aargau in Auftrag gegebenen Produktion steht die Arbeit der Gemeinde, die Voraussicht, Planung und Koordination. Erinnert wird einleitend an die Unglücksfälle in Tschernobyl, Schweizerhalle und Stein, und der Satz wird ausgesprochen: «Auch bei uns im Kanton Aargau gibt es kaum katastrophensichere Gebiete.» Dabei wird auch der Luftraum erwähnt. Der Tonbildschau geht es um die Visualisierung des Krisenmanagements auf kommunaler Stufe und schliesslich um das Ziel, Vertrauen zu schaffen und zu geben.

Übung erfüllt, aber ...

Anschliessend referierte Willy Loretan über seine Eindrücke und Erfahrungen aus der grossangelegten Zofinger Übung «Tiger». Nachdem er nochmals Übungsthema und Übungsziele dargelegt hatte, kam er auf die Ergebnisse zu sprechen. Bekanntlich waren bei einem Tanklastwagen 15000 Liter des sehr giftigen Acrylsäuremethylester ausgeflossen, und überdies hatte ein Postauto mit 40 Insassen einen Selbstunfall verursacht. Loretans Fazit: Übung erfüllt, aber es sind Mängel vorhanden, die aber ausgemerzt werden können. Insbesondere ortete er zwei «gravierende Lücken»:

– Information der Bevölkerung: Hier brauche es unbedingt einen Dienstchef Information, der nur diese Aufgabe zu erfüllen habe. Es sei nicht möglich, dass der Dienstchef Nachrichten auch noch für den Informationsbereich besorgt sei. Dazu brauche es einen Medienprofi.

– Die Koordination mit dem Sanitätsdienst müsse verbessert werden. Die Zusammenarbeit mit dem Spital und den Ambulanzen bedürfe ebenfalls der Verbesserung. Schliesslich brauche es auch einen medizinischen Chef auf dem Schadenplatz.

Speditiv geführte GV

Im zweiten Teil wurde die ordentliche GV durchgeführt. Dabei waren keine spektakulären Geschäfte zu behandeln. AZSV-Präsident Peter Ryser (Rheinfelden) führte speditiv durch die Traktanden. In seinem Jahresbericht liess er nochmals die Höhepunkte Revue passieren. Dazu gehörten zweifelsohne die beiden gutbesuchten Anlässe in Dottikon, wo die EMS besucht wurde, und in Stein, wo aus berufenem Munde von den Erkenntnissen des Eisenbahnunglücks im Hinblick auf die Arbeit des Zivilschutzes profitiert werden konnte. Ryser gab im weiteren bekannt, dass sich zum Zivilschutz-Leitbild im Kanton Aargau eine Arbeitsgruppe gebildet habe.

Problemlos verliefen die Ersatzwahlen. Anstelle von Zita Keller (Baden) wählte der AZSV als Vertreterin des MFD Barbara Siegrist (Unterkulm), anstelle des verstorbenen Franz Wirthlin (Möhlin) als Vertreter der Aargauer Feuerwehr Grossrat Josef Boutellier (Gansingen) und anstelle von Walter Käser (Strengelbach) als neuen Revisor Marcel Heimgartner (Lenzburg). Noch kein Nachfolger konnte für alt Nationalrat Beda Humbel (Birmenstorf) gefunden werden, dessen Verdienste mit einem kräftigen Applaus verdankt wurden.

BERN

Zivilschutzverband Emmental-Oberaargau (ZVEO)

Eine engagierte Verbandssektion

rei. Auf der «Lueg», hoch über dem Dorf Heimiswil, trafen sich die Mitglieder des Zivilschutzverbandes Emmental-Oberaargau am 20. Mai zu ihrer Jahresversammlung. Um rückläufigen Trends entgegenzuwirken, will der Verband seine Tätigkeit intensivieren.

Bleibende Erinnerung für Alfred Reber (rechts), überreicht von Sekretärin Christa Schweizer und Präsident Walter Kohler. (Foto: rei.)

Präsident Walter Kohler wies in seinem Jahresbericht auf den rückläufigen Mitgliederbestand hin, der im Jahr 1991 von 576 auf 518 abgesunken war. Als Hauptgrund nannte er die Rezessionserscheinungen, welche im Einzugsgebiet des ZVEO sehr empfindlich spürbar sind. Dessen ungeachtet war der Verband an allen wichtigen Anlässen angemessen vertreten, so auch am Eröffnungstag von «Berner Volk – Berner Miliz», der eindrucksvollsten kantonalen Veranstaltung des Jahres 1991. Der Präsident verwies auf das attraktive Jahresprogramm, das Ansporn sein sollte, für den Verband zu werben.

Dass die Veranstaltungen des ZVEO auf grosses Interesse stossen, ging aus dem Jahresbericht von Alfred Reber, Präsident der Fachkommission, hervor. Mit insgesamt gegen 200 Besuchern war der an drei Orten durchgeführte Vortragsabend über die wirtschaftliche Landesversorgung ein grosser Erfolg. 91 Personen besichtigten die Betriebsstoff-Versorgungsanlage und das Armee-Proviantmagazin in Grünenmatt, und ungefähr die gleiche Zahl nahm an einem Informationsabend in Wynigen teil, an dem Direktbeteiligte über die Unwettereinsätze im Raume Gürbental und über ihre Zusammenarbeit mit den Wehrdiensten und Teilen der Armee berichteten.
Interessant gestaltet ist auch das laufende Jahresprogramm. (Es wurde in «Zivilschutz» 3/92 bereits vorgestellt.) Besonders viel verspricht man sich von der Herbstveranstaltung, einem Podiumsgespräch mit dem Thema «Gleichberechtigung von Zivilschutz, Armee und Wehrdiensten im Hinblick auf 1995».
Dass im Kanton Bern die Weichen im Hinblick auf 1995 bereits gestellt werden, war den Ausführungen von Roland Christen zu entnehmen, der die Grüsse des Kantonalen Amtes für Zivilschutz überbrachte. Das Amt befinde sich gegenwärtig in einer hektischen Zeit, berichtete er. Was heute richtig scheine, könne sich morgen bereits wieder ändern; denn noch sei das Leitbild von den Eidgenössischen Räten nicht behandelt worden. Dessen ungeachtet werde zügig auf 1995 hin gearbeitet. Das neue Organigramm habe man bereits verabschiedet, und die Ausbildungslehrgänge seien bereinigt. Nun müsse die Vernehmlassung zur Gesetzesrevision vorangetrieben werden. Probleme sehe man zurzeit bei der Raumreduktion im sanitätsdienstlichen Bereich. Roland Christen wies auch auf einen Vorsprung des Kantons Bern hin, der bereits die Zuteilung der Rettungszüge vorgenommen hat.

Ehrung für Alfred Reber

Die statutarischen Traktanden der Mitgliederversammlung konnten nahezu diskussionslos abgewickelt werden. Sehr bedauert wurde der Rücktritt von Fachkommissionsobmann Alfred Reber. Für seine langjährige Tätigkeit wurde ihm eine Erinnerungsgabe überreicht. Dass er dem ZVEO dennoch nicht ganz verlorengeht, war aus seinem engagierten Votum herauszuhören. Als neuer Delegierter in den Kantonalverband wurde Kurt Bigler gewählt. Die weiteren 12 Delegierten stellten sich für eine weitere Amtsperiode zur Verfügung.
Im Anschluss an die Mitgliederversammlung zeigte Andreas Götz vom Bundesamt für Wasserwirtschaft einen Lichtbildervortrag über die Folgen der Bergstürze von Randa und die getroffenen Notmassnahmen.

Amtsvorsteher Franz Reist vor den Rapportteilnehmern im KAZ Lyss. (Foto: Sylvia Baumann-Lerch)

Berner Ortschefs von Gemeinden mit Quartieren wurden über die Auswirkungen der neuen Strukturen ins Bild gesetzt

Zivilschutz 95 und Sparzwänge

sbl. Die Umstrukturierung des Zivilschutzes hat auf die Gemeinden eine geballte Ladung von Auswirkungen. Der Berner Amtsvorsteher Franz Reist erläuterte sie im KAZ Lyss vor den Verantwortlichen grösserer Gemeinden. Zum Rapport waren auch die Kreiskommandanten eingeladen, da sie neuerdings, wie Reist betonte, «eine wichtige Scharnierfunktion zwischen Armee und Zivilschutz ausüben».

Mit dem neuen Videofilm «Menschen helfen Menschen» wurden die Rapportteilnehmer auf den «neuen» Zivilschutz eingestimmt. Hinsichtlich der grossen Arbeit, welche die Umsetzung des Leitbilds mit sich bringen wird, rief der Chef des AZS die Anwesenden zu Durchhaltevermögen auf. Er verglich mit Christoph Kolumbus, der sich mit seinen Ideen auch habe durchsetzen müssen.
Franz Reist hielt fest, es werde nun keineswegs alles umgekrempelt. Mit dem Zivilschutz 95 wolle man vielmehr an allem Bewährten aus der Konzeption 71 festhalten, gleichzeitig aber die Organisation an die veränderten Bedürfnisse anpassen. Das Ziel sei, den Zivilschutz in den Gemeinden zu einem wirksamen, die Wehrdienste ergänzenden, Rettungselement zu machen.
Laut Urs Weibel vom BZS, der den «Fahrplan» für die Umstrukturierung erläuterte, kann der Zivilschutz nicht mit zusätzlichen finanziellen Mitteln rechnen. Im Zusammenhang mit den somit unvermeidlichen Sparmassnahmen berichtete Reist von einem Planungs- und Baustopp im Bereich sanitätsdienstlicher Anlagen; damit könnten allein im Kanton Bern 70 bis 80 Millionen Franken eingespart werden. Konkret heisst das, dass die sanitätsdienstlichen Räume vergrössert werden, bzw., dass auf den bereits bestehenden Sanitätshilfsstellen, GOPS und Notspitälern basiert wird.
Weitere Einsparungen sind bei neuen Anlagen vorgesehen – sie werden statt mit einem Schutzgrad von drei bar nur noch als 1-bar-Anlage gebaut. Überdies werden künftig öffentliche Schutzräume lediglich in Gemeinden bewilligt, die für weniger als 90 Prozent der Bevölkerung Schutzplätze ausweisen. Schliesslich ergibt sich auch eine Eindämmung der Kosten durch die allgemeine Reduktion der Mannschaftsbestände.
Wie der Berner Ausbildungschef Chrstian Rubin ausführte, sollen in Zukunft die Unterlagen für die Instruktion (wieder) gesamtschweizerisch gleich aussehen. Auf den «allgemeinen Teil» wird ganz verzichtet; das Grundwissen über AC wird in den neu vier Tage dauernden fachtechnischen Kurs integriert. Zur Grundausbildung gehören in Zukunft Einteilungsrapporte, die auch eine Einführung in den Zivilschutz beinhalten. Solche Rapporte sind ab 1995 für alle ZSO verbindlich. In allen Diensten ist eine für Armeekader abgekürzte Ausbildung vorgesehen.

Jahresversammlung des Zivilschutzverbandes Biel-Seeland

Videofilm: «Menschen helfen Menschen»

H.R. Attraktiv gestaltet war die 29. Mitgliederversammlung des Zivilschutzverbandes Biel-Seeland. Projektleiter Karl Widmer orientierte über das Leitbild «Zivilschutz 95» und ergänzte sein Referat mit der Vorführung des neuen Videofilms «Menschen helfen Menschen», der grösstenteils in der Region Biel-Seeland gedreht worden war.

Präsident Ernst Sahli konnte zahlreiche Gäste aus dem mit Zivilschutz verbundenen Bereichen begrüssen. In seinem Jahresbericht kam er auf die undurchsichtige Instabilität zu sprechen, die in den vergangenen Monaten an die Stelle der sichtbaren und stabilen Machtblöcke getreten sei. Das bisherige Feindbild sei aus dem Rahmen gefallen und präsentiere sich als kaum zusammenfügbares Puzzle. Gerade deshalb aber sei es angezeigt, auch in Zukunft die Arbeit der Aufgabe «Menschen helfen Menschen» zu widmen.
Der Mitgliederbestand ist um drei Personen auf 631 zurückgegangen. Die Zivilschutzreform werde zu einem allgemeinen Rückgang an Mitgliedern führen. Werbung für den Verband sei angezeigt, empfahl Ernst Sahli. Das Tätigkeitsprogramm 1992 sei absichtlich auf Randgebiete des Zivilschutzes ausgerichtet. Er verwies auf die Demonstration am 6. Mai in Wangen a.A., wo Führung und Einsatz der Luftschutztruppen im Verbund mit Zivilschutz gezeigt wurden (Bericht in dieser Ausgabe). Im Oktober macht ein Besuch im Staatsarchiv des Kantons Bern auf Aufgaben im Bereich Kulturgüterschutz aufmerksam.
Ernst Sahli wurde für zwei weitere Amtsjahre als Präsident gewählt. Für den demissionierten Ruedi Weber nimmt Klaus Weber, Ortschef von Ins, Einsitz im Vorstand. Im Kreis der zwölf Delegierten wird er von Hans-Rudolf Kneubühl, Ortschef Treiten, ersetzt. Der übrige Vorstand wurde in globo bestätigt. «Beweglicher und anpassungsfähiger werden», sei die Devise der Zukunft, lauteten die Schlussworte des Präsidenten.

Leitbild-Probelauf

Schon im nächsten Jahr werden im Seeland Änderungen im Ausbildungskonzept vorgenommen. Über den Stand des neuen Zivilschutzleitbildes informierte Karl Widmer, Chef der Abteilung Organisation im Bundesamt für Zivilschutz. Der vor allem in Biel und dem Seeland gedrehte Videofilm «Menschen helfen Menschen» unterstrich anschaulich die wichtigsten Aufgabengebiete, die sich in die vier Hauptbereiche Führung, Schutz, Hilfe und Logistik aufteilen.

ST.GALLEN/APPENZELL

36. Hauptversammlung des Zivilschutzverbandes St.Gallen-Appenzell

Gemeinden als Hauptträger des Zivilschutzes

Rao. Das Leitbild 95 des Zivilschutzes werde den Zivilschutzverband St.Gallen-Appenzell auch im laufenden Jahr intensiv beschäftigen, stellte Präsident Peter Wieser anlässlich der 36. Hauptversammlung im Appenzeller Volkskundemuseum in Stein AR fest. Diese Reform halte an Bewährtem fest, weshalb auch die Bedeutung der Gemeinden als Hauptträger des Zivilschutzes bestehen bleibe.

Er könne voll hinter dem Leitbild 95 des Zivilschutzes stehen, betonte Peter Wieser, da es nicht einfach eine Reform um der Reform willen sei. Bei der Meisterung ausserordentlicher Lagen seien die Gemeinden in erster Linie verantwortlich. Die Kantone hätten ja keine eigenen Mittel, und jene des Bundes könnten erst mit grosser Zeitverzögerung komplementär eingesetzt werden.
Der Präsident versicherte, dass die Gemeinden ein Interesse daran hätten, die Zivilschutz-Organisation jederzeit möglichst einsatzbereit zu halten. Im Normalfall sei der Zivilschutz zusammen mit der Feuerwehr und allfälligen freiwilligen Helfern (zum Beispiel den Samaritern) jene Organisation, auf die sich der Gemeindeführungsstab und die Gemeindebehörden stützen müssten. Wichtig sei dabei, dass das Zivilschutzgesetz in seiner revidierten Form der Gemeinde einen weiten Spielraum für die Organisation lasse. Damit nähme man Rücksicht auf die unterschiedlichen Bedürfnisse und Gefahrenpotentiale der Gemeinden.
Der Innerrhoder Zeugherr Walter Bischofberger bezeichnete den Zivilschutz als nach wie vor notwendige Institution. Dies hätten die verschiedenen Erdbeben in der Ostschweiz bewiesen, die aber glücklicherweise glimpflich abgelaufen seien.

Kaderprobleme vermeiden

Peter Wieser machte die Gemeinden auf die personellen Probleme beim Übergang zum Zivilschutz 95 aufmerksam. Es gehe dabei vor allem um die Kaderfunktionen, die durch die Reduktion des Schutzdienstalters betroffen würden. Der Zivilschutzverband St.Gallen-Appenzell unterstütze daher die Bestrebungen, die Verjüngung der Armee gestaffelt schon 1993 einzuleiten, damit rechtzeitig neue Kader im Zivilschutz aufgebaut werden könnten. Damit würde ein Beitrag an die lückenlose Einsatzbereitschaft des Zivilschutzes in den Gemeinden geleistet.

Wahlen in den Vorstand

Aus dem Vorstand schieden Erich Ritter, früherer Chef des Amtes für Zivilschutz der Stadt St.Gallen, und Maya Zuberbühler als Vertreterin der Frauenzentrale aus. Auch Ernst Schrag, bisheriger Ortschef von Heiden, trat zurück. Auf Vorschlag des Vorstandes wählte die Versammlung Pius Valier, den Amtsnachfolger von Erich Ritter, und Armin Rebsamen, den neuen Leiter der ERFA-Gruppe der Zivilschutzstellenleiter, einstimmig in den Vorstand. Auch der neue Ortschef von Heiden, Alfred Widmer, wurde gewählt. Eine neue Vertreterin der Frauenzentrale sei leider noch nicht nominiert worden, stellte der Präsident fest.
Nach der Versammlung referierte Dr. Peter Witschi, Staatsarchivar in Herisau, über das Thema «Kultur und Geschichte von Appenzell-Ausserrhoden», worauf natürlich auch das Volkskundemuseum besichtigt werden konnte.

GRAUBÜNDEN

Bündner Zivilschutz konzentriert die Kräfte

Mit Riesenschritten zur Regionalisierung

rei. Im Kanton Graubünden wird die Zivilschutzorganisation neu strukturiert. Zielstrebig, jedoch unter Wahrung demokratischer Gepflogenheiten, sind regionale Organisationen im Aufbau und zum Teil bereits realisiert. An der Generalversammlung der Sektion Graubünden des SZSV informierte Hans Gasser, Adjunkt im Amt für Zivilschutz und Katastrophenhilfe, über den aktuellen Stand.

Anhand des Organigramms eines mittelgrossen Unternehmens zeigte der Referent Analogien zu Armee und Zivilschutz auf. Er leitete daraus ab, dass eine Zivilschutzorganisation nur dann funktionieren kann, wenn ihr mindestens 120 Personen angehören. Das bedeutet, dass die «Schmerzgrenze» bei Gemeinden und Zusammenschlüssen in der Grösse von mindestens 2000 bis 3000 Einwohnern liegt. Der Kanton Graubünden, der einen Siebtel der Fläche der Schweiz bedeckt, weist jedoch gerade in dieser Beziehung einige Besonderheiten auf. Von den 213 Gemeinden haben 144 weniger als 500 Einwohner. In 53 Gemeinden liegt die Einwohnerzahl zwischen 500 und 2000 und in 9 Gemeinden zwischen 2000 und 3000. 2 Gemeinden haben 3000 bis 5000 und 3 Gemeinden 5000 bis 7000 Einwohner. Über diesen Zahlen liegen nur gerade Chur und Davos.

Gemeindeverband als Lösung

Als zweckmässige Lösung betrachtet man im Kanton Graubünden die Gründung von Gemeindeverbänden, auch Integrierte Zivilschutzorganisationen (I-ZSO) genannt. Bei diesem Neuaufbau wird ein breitabgestützter Informations- und Beratungsablauf eingehalten. Erst nach den verschiedenen Vorgesprächen, die vor allem der Statutenbereinigung dienen, wird in den einzelnen Gemeinden über den Zusammenschluss abgestimmt. Die Statuten müssen alsdann noch vom Regierungsrat genehmigt werden, worauf sie in Kraft treten. Oberstes Organ der I-ZSO ist die Gesamtheit aller Verbandsgemeinden. Für die Beratung der laufenden Verbandsgeschäfte ist die Delegiertenversammlung zuständig. Vollziehendes Organ ist der Verbandsvorstand, bei dem die Entscheidungskompetenz zum Aufgebot der I-ZSO liegt. Für die gesamte Organisation ist nur noch ein Ortschef (Zivilschutzchef) und ein Zivilschutzstellenleiter erforderlich.

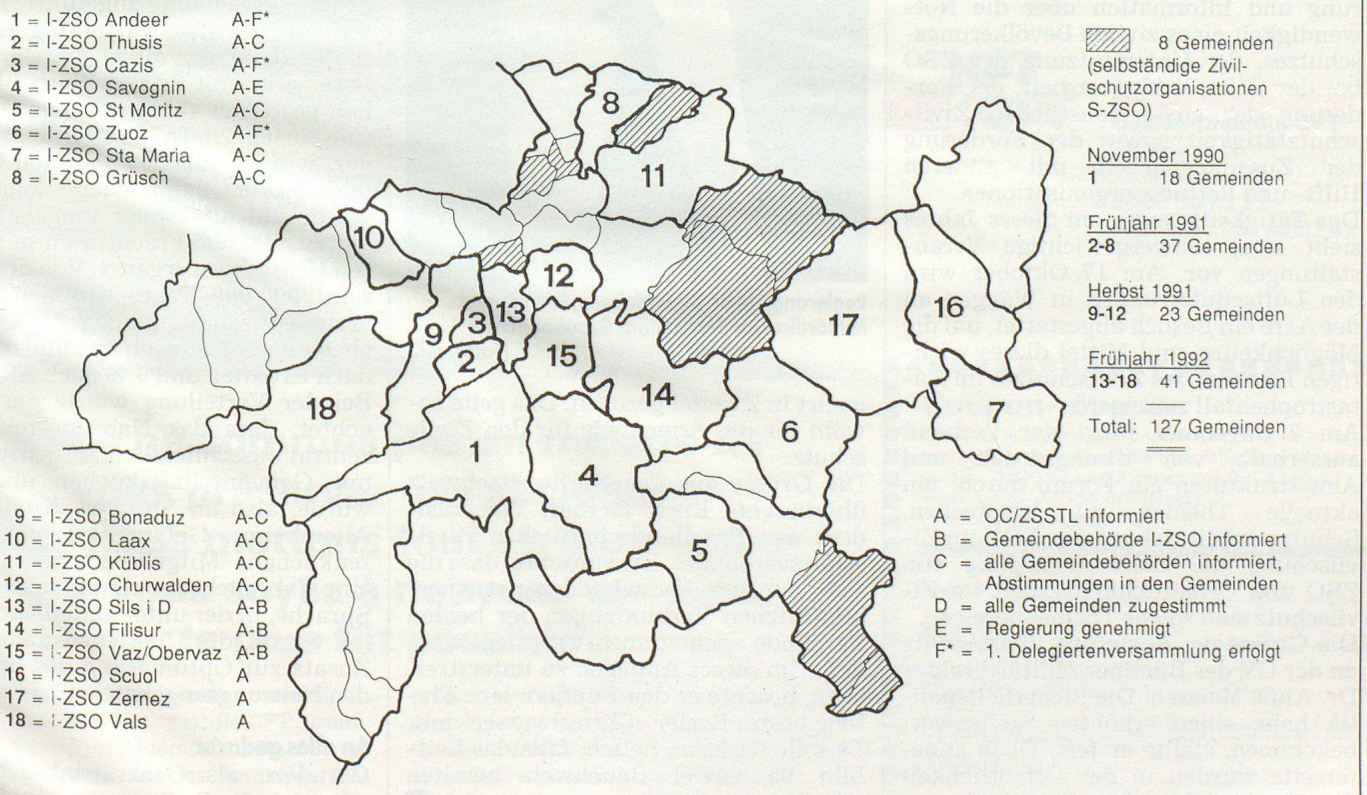
Aber aufgepasst: Die Neuorganisation entbindet die einzelnen Gemeinden nicht von der Realisierung des baulichen Zivilschutzes.

Erster Verband steht bereits

Als erster Gemeindeverband wurde jener des Bezirks Hinterrhein mit 18 Gemeinden gegründet. Bereits auf den 1. Januar 1993 tritt die Organisation in Kraft. Weitere Gebiete sind im Aufbau schon sehr weit fortgeschritten und einzelne Gemeinden zählen genügend Einwohner, so dass keine Zusammenschlüsse erforderlich sind.

Hans Gasser hob in seinem Referat die zahlreichen Vorteile der Zusammenschlüsse hervor: Die Zivilschutzpflichtigen können nach ihren Fähigkeiten eingeteilt werden, und das Mutationswesen wird vereinfacht. Eine koordinierte Führung und ein wesentlich besserer Einsatz der Mittel sowie Unterstützung über die Regionen hinweg im Katastrophenfall sind weitere Merkmale. Vor allem der regionenüberschreitenden Hilfe wird grosse Bedeutung beigemessen. Es wird davon ausgegangen, dass viele Zivilschutzpflichtige zugleich in der Feuerwehr und anderen Hilfsorganisationen eingeteilt sind, so dass bei einer länger dauernden Katastrophenlage eine Ablösung durch den Zivilschutz der eigenen Region nur noch bedingt möglich ist. Man muss daher rasch auf die Hilfe aus einer anderen Region zählen können. ▲

Stand der Neustrukturierung der Zivilschutzorganisationen 15.5.1992



Der Zivilschutzverband des Kantons Graubünden ist in guten Händen. Links Präsident Martin Rüegg, Ortschef von Davos, und Vizepräsident Roland Frischknecht, Ortschef von Davos.

Frischer Wind in Graubündens Zivilschutzverband

rei. An der Generalversammlung der Sektion Graubünden des SZSV im über 300 Jahre alten Hotel Stern in Chur glaubte man, etwas vom Geiste eines Jürg Jenatsch zu verspüren. Der Verband hatte sich im letzten Herbst neu konstituiert und will nun entschlossen und zielstrebig die Zukunft des Zivilschutzes im Kanton mitgestalten.

Präsident Martin Rüegg umriss die wichtigsten Aufgaben der Verbandstätigkeit. Diese sieht er in der Aufklärung und Information über die Notwendigkeit eines zivilen Bevölkerungsschutzes, der Unterstützung der ZSO bei der Öffentlichkeitsarbeit, der Förderung der ausserdienstlichen Zivilschutztätigkeit sowie der Förderung der Zusammenarbeit mit anderen Hilfs- und Rettungsorganisationen.

Das Tätigkeitsprogramm dieses Jahres sieht zwei schwergewichtige Veranstaltungen vor. Am 17. Oktober wird den Luftschutztruppen in Wangen an der Aare ein Besuch abgestattet, um die Möglichkeiten und Mittel dieses wichtigen Partners des Zivilschutzes im Katastrophenfall zu zeigen.

Am 7. November führt der Verband ausserhalb von Übungsdruck und Amtsstrukturen ein Forum durch, um aktuelle Themen zu besprechen. Schutzraumeinrichtungen, EDV im Zivilschutz, die Zusammenlegung von ZSO und Öffentlichkeitsarbeit im Zivilschutz sind solche Themenbereiche.

Die Grüsse der Regierung überbrachte an der GV der Bündner Militärdirektor Dr. Aluis Maissen. Die Sicherheitspolitik habe einen erhöhten Stellenwert bekommen, stellte er fest. Doch andererseits würden in der Öffentlichkeit die Hauptsäulen der Sicherheit vermehrt in Zweifel gezogen. Das gelte sowohl für die Armee wie für den Zivilschutz.

Regierungsrat Dr. Aluis Maissen, Finanz- und Militärdirektor des Kantons Graubünden.
(Fotos: rei.)

Die Grüsse aus der Nordwestschweiz überbrachte Ernst Gerber, Vizepräsident des Basellandschaftlichen Zivilschutzverbandes. Er wünschte, dass die seit langem bestehenden partnerschaftlichen Verbindungen der beiden Verbände noch vermehrt gepflegt würden. Um dieses Anliegen zu unterstreichen, brachte er den Bündern eine Flasche bestes Basler «Chriesiwasser» mit. Es solle wirksam helfen, falls das Leitbild 95 zuviel Bauchweh bereiten würde.

LUZERN

Koordinierte Aktion im Kanton Luzern

Überlebensnahrung für notleidende Oststaaten

rei. Insgesamt 385 Tonnen Zivilschutz-Überlebensnahrung aus sämtlichen 107 Gemeinden des Kantons Luzern wurden bis Ende Mai als humanitäre Hilfe in die ehemaligen Sowjetrepubliken, nach Kroatien und Albanien geschickt und dort unter Aufsicht verteilt. Das Luzerner kantonale Amt für Zivilschutz unter der Leitung von Franz Baumeler hat diese Aktion geplant und unter Mithilfe karitativer Organisationen erfolgreich durchgeführt.

Den Luzernern kam dabei zugute, dass sie ihre Überlebensnahrung nie an die einzelnen Gemeinden verteilt, sondern an 14 verschiedenen Orten im Kanton in geschützten Anlagen zentral gelagert hatten. Eine Auslieferung an die Gemeinden wäre erst mit dem Aufgebot 333 erforderlich geworden. Das Belassen der Nahrung auf den mit Schrumpfplastik geschützten Paletten erleichterte deren Auslagerung und Bereitstellung für den Transport. Mit Beginn am 10. Dezember 1991 wurde während eines Zeitraumes von fünf Monaten die Überlebensnahrung ihrer neuen Verwendung zugeführt. Anfangs war die Caritas Partnerorganisation, später dann vor allem die Christliche Ostmission mit Sitz in Worb BE. Zeitlich gestaffelt fuhren an den Auslagerungsorten 28-Tonnen-Sattelschlepper vor, wurden mit den Paletten beladen und fuhren dann nach Bonn. Dort wurde auf 40-Tönner umgeladen und der zusätzliche Frachtraum mit weiteren Hilfsgütern ergänzt. Von den insgesamt 900 000 Tagesportionen, die zu verteilen waren, gingen 61 % an die ehemaligen Sowjetrepubliken, 34 % nach Kroatien und 5 % nach Albanien. Bei der Verteilung wurde darauf geachtet, dass das Nahrungsmittelkonzentrat ausschliesslich an Institutionen mit Gemeinschaftsküchen abgegeben wurde, also an Spitäler, Kinder- und Altersheime, Gefängnisse oder Strassenküchen. Mitgeliefert wurde auch eine Gebrauchsanweisung in russischer Sprache, in der unter anderem empfohlen wurde, die Überlebensnahrung als Zusatz zur Optimierung des bestehenden Nahrungsangebotes zu verwenden.

An alles gedacht

Geradezu als Generalstabsarbeit erwies sich die Organisation der Hilfsak-

tion. Mit Projektleiter Kurt Huser hatte das kantonale Amt für Zivilschutz den richtigen Mann an den richtigen Platz gestellt, der zusammen mit Franz Baumeler dafür sorgte, dass alles seine Richtigkeit hatte. Zuerst galt es, das Einverständnis des Bundesamtes für Zivilschutz einzuholen. Alsdann wurde bei allen 107 Gemeinden des Kantons die Zustimmung zur Gratisabgabe der Überlebensnahrung erfragt. Und schliesslich musste die Übernahme zusammen mit den beteiligten Hilfsorganisationen organisiert werden. Dazu Kurt Huser: «Wir mussten für jeden Transport eine Ad-hoc-Organisation aufziehen. Dabei zeigte sich immer eine grosse Hilfsbereitschaft und tolle Zusammenarbeit aller Beteiligten.» Doch damit nicht genug. Um allfällige Komplikationen bei den Grenzzöllen schon gar nicht erst aufkommen zu lassen, wurde vom kantonalen Amt für Zivilschutz für jeden Transport eine Schenkungsurkunde ausgestellt.

Zusätzlich zur Überlebensnahrung lieferten die Luzerner noch grosse Mengen Verbandmaterial. **(Foto rei.)**

Eine gute Sache

Sehr zufrieden ist Franz Baumeler über die sinnvolle Verwendung der Nahrung, die einen Gegenwert von nahezu zwei Millionen Franken hatte. Ihm hätte die ursprünglich geplante Verarbeitung zu Tierfutter wehgetan. «Die Nahrung ist noch einwandfrei und solange die Büchsen nicht geöffnet werden, ist sie noch während mehreren Jahren haltbar», erklärte er.

Für die Lieferung in eigentliche Hungergebiete eignet sich die Nahrung jedoch nicht. Einerseits ist sie zu konzentriert und würde gar nicht vertragen werden, andererseits sind oft die wasserhygienischen Verhältnisse schlecht.

Satisfait de soi et de la CPT

KPT CPT

Caisse-maladie CPT
Tellstrasse 18
Case postale
3000 Berne 22
Téléphone 031 42 62 42

Nous ne sommes pas en mesure de vous préserver des accidents. Mais nous mettons tout en œuvre pour que vous soyez à nouveau sur pied le plus tôt possible.

En tant que caisse-maladie professionnelle suisse, la caisse-maladie CPT assure les fonctionnaires fédéraux, cantonaux et communaux ainsi que les employés des entreprises suisses de transport et les membres de leur famille.
Quelque 240'000 assurés satisfaits sont la meilleure preuve de nos prestations.

Coupon-réponse

Prière de le glisser dans une enveloppe et de le retourner à la caisse-maladie CPT, Tellstrasse 18, case postale, 3000 Berne 22, téléphone 031 42 62 42.
Votre caisse-maladie m'intéresse.
Prière de me contacter.

Zivi

Nom, prénom:

Rue:

NPA/lieu:

Date de naissance: Téléphone:

Employeur:

D

THURGAU

Mitgliederversammlung des Thurgauischen Bundes für Zivilschutz

Mit dem guten Beispiel vorangehen

W.L. «Zivilschutzreform und Zivilschutz 95 sind Stichworte, die uns klar machen, dass sich der Zivilschutz in einer Umbruchphase befindet», stellte Regierungsrat Dr. Hermann Bürgi anlässlich der diesjährigen Mitgliederversammlung des Thurgauischen Bundes für Zivilschutz in Weinfelden fest. Präsident Martin Giger forderte die Anwesenden auf, die Umstrukturierung gemeinsam anzugehen und zum guten Gelingen zu führen, nachdem man zu derselben ja gesagt habe.

Giger leitete seinen Jahresbericht ein mit der Feststellung, dass die tiefgreifenden Veränderungen in Europa dazu Anlass gegeben hätten, die Lage neu zu beurteilen und den Verantwortungsbereich neu festzulegen. In diesem Zusammenhang benötigte auch der Zivilschutz eine neue Standortbestimmung. Das neue Zivilschutzleitbild ziehe Konsequenzen aus den jüngsten Umwälzungen und aus der Neueinschätzung der sicherheitspolitischen Notwendigkeit in der Schweiz. Besonders auf dem Gebiet der Katastrophenhilfe sind laut Giger Neurichtungen eingeschlagen und neue Akzente gesetzt worden. Der Präsident forderte die Anwesenden auf, mit dem guten Beispiel voranzugehen, zumal auch deshalb, weil der thurgauische Zivilschutz mit seinen Partnerverbänden – es sind dies Frauenzentrale, gemeinnütziger Frauenverein, Samariterbund, Unteroffiziersverband und Feuerwehrverband – Leute anspreche, deren höchstes Ziel ebenfalls die Hilfe an der Bevölkerung sei.

Mit dem neuen Leitbild sollen – so Giger – veraltete Strukturen teilweise ersetzt oder gar aufgehoben werden. Das Bild des Zivilschutzes im allgemeinen, insbesondere aber auch im Spiegelbild der Armee, erhalte ein neues Ansehen, das die verantwortlichen Träger des Zivilschutzes verbessern oder aber, «falls die Situation nicht ernst genommen werde», verschlechtern könnten. Giger unterstrich die Wichtigkeit, dass der Zivilschutz von Bund, Kanton, aber auch den Gemeinden, gefördert und getragen wird. Mit dem neuen Leitbild seien die erwähnten Körperschaften gleichwertige Partner, und von den Zivilschutzverantwortlichen werde es zukünftig abhängen, welcher Stellenwert dem Zivilschutz eingeräumt werde. Der Präsident forderte, dass sich auch der thurgauische Verband punktuell und strukturell mit dem neuen Leitbild befassen müsse. Es gelte in den Zivilschutzorganisationen zu beweisen, dass nur eine durchgehende Reorganisation zum Erfolg führe.

Aus dem Jahresprogramm

Dem Jahresbericht des Präsidenten, wie auch der Jahresrechnung und dem Budget, stimmte die Versammlung zu. Ebenfalls ohne Diskussion passierte der Antrag des Vorstandes, den Jahresbeitrag um drei Franken zu erhöhen. Das Tätigkeitsprogramm 1992 umfasst nebst der Mitgliederversammlung drei Schwerpunktanlässe. Bereits durchgeführt wurden ein Kurs für Medienverantwortliche sowie eine Besichtigung des kantonalen Polizeigebäudes und des Kantonalgefängnisses. Am 12. November findet in Sulgen ein Podiumsgespräch zum Thema «Katastrophenhilfe – Führung eines Gemeindeführungsstabes» statt.

Zivilschutz auf «Gratwanderung»

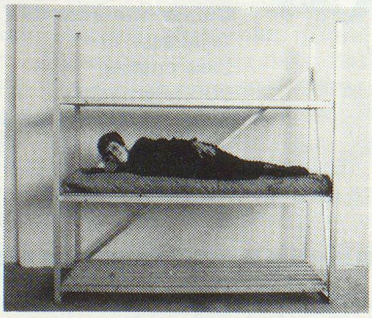
In seinem engagierten Referat wies Regierungsrat Dr. Hermann Bürgi darauf hin, dass sich der Zivilschutz zum jetzigen Zeitpunkt auf einer Gratwanderung bewege und einiges in Bewegung sei. Er bezeichnete diesen Zustand insofern als notwendig, weil das geltende Zivilschutzgesetz aus dem Jahre 1962 stamme und das kantonale Gesetz und die dazugehörenden Verordnungen im Jahre 1965 erlassen worden sind. Die Konzeption des Zivilschutzes schliesslich basiere auf einem Bericht aus dem Jahre 1971. Zwar hätten laufend Gesetzesänderungen und Fortentwicklungen stattgefunden, trotzdem habe seit der Einführung des Zivilschutzes nie mehr eine Standortbestimmung in dieser Art und Weise stattgefunden, wie sie nun in die Wege geleitet worden sei. Bürgi bezeichnete diese Standortbestimmung als richtig, wichtig und notwendig.

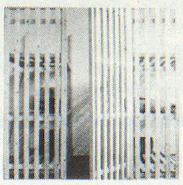
Für Bürgi gibt es zwei Hauptgründe, weshalb der Zivilschutz nach wie vor notwendig ist. Zum einen verlange das sicherheitspolitische und strategische Umfeld, welches sich in den letzten drei Jahren komplett verändert habe, nach einem zeitgemässen Zivilschutz. Die Auflösung der Sowjetunion und des Warschauer Paktes als militärischer Block sind für Bürgi Tatsachen, welche die Bedrohungslage für die Schweiz völlig verändert haben. Das Risiko eines überraschenden grossräumigen Krieges sei dadurch wesentlich vermindert worden. Trotzdem gelte es uneingeschränkt zur Kenntnis zu nehmen, dass Kriege nach wir vor eine Tatsache und möglich seien. Dazu komme – so Bürgi – die desolate Wirtschaftslage im Osten, die ungelösten Nationalitätenfragen und andere Probleme. Die Chance einer europäischen Sicherheitspolitik bezeichnete Bürgi als gut; trotzdem zeige das Beispiel Jugoslawien, dass Europa überhaupt nicht in der Lage sei, etwas zur Verhinderung dieses fürchterlichen Konfliktes sicherheitspolitisch und friedensstiftend beizutragen.

Das hohe Waffenpotential und das Entsenden von Massenvernichtungswaffen in die Entwicklungsländer führe zu Unsicherheiten. Mit Blick auf dieses strategische Umfeld bezeichnete es Bürgi als richtig und notwendig, einen Zivilschutz, wie man ihn heute kenne, zu haben. Auch in bezug auf die Veränderung der Welt in den vergangenen hundert Jahren und die damit verbundene technische Entwicklung, welche ein Potential von Gefahren – natur- und zivilisationsbedinger Art – mitgebracht habe und die für die Bevölkerung von grosser Tragweite sein könnte, wertet Bürgi den Zivilschutz als Notwendigkeit.

Schutzraumausrüstungen

- Mehrzweckliegestellen
- WC-Kabinen
- Trockenklosett
- Klapptische und Bänke
- Matratzen und Kopfkissen
- Not- und Aussteigtüren
- Schutzraumbelüftungen
- Schutzraumtüren
- Aufschraubzargen mit Türe für Friedenszeiten
- Not-Aussteigtüren





Mehrzweck-Schutzraum-Liegestellen, die Sie mit wenigen Handgriffen zu Lagergestellen, Keller- oder Estrich-Trennwänden umbauen können.

TPD Techn. Produkte

Emil Meier
Dorfstr. 8, 8108 Dällikon
Tel. 01 / 844 04 84
Fax 01 / 844 57 22